

Liechtensteiner Volksblatt

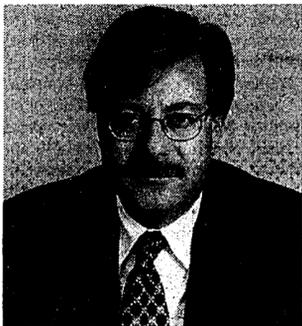
Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 237 51 51 Fax Redaktion (075) 237 51 55 Fax Inserate (075) 237 51 66 Amtliches Publikationsorgan 1.00 Fr.

AKTUELL

In Vaduz war es am wärmsten: 16 Grad

Ein Föhnsturm hat am Dienstag schon fast frühlingshafte Temperaturen in die traditionellen Föhntäler geblasen. Laut der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) wurden in Altdorf (UR) Böenspitzen von knapp 100 Kilometern pro Stunde gemessen, die Temperatur kletterte auf rund 15 Grad an. Fast Sturmstärke erreichte der Föhn auch in Visp mit rund 70 Kilometern und in Vaduz mit 75 Kilometern pro Stunde. In Vaduz wurden sogar Temperaturen von 16 Grad gemessen, in Visp war es zwölf Grad und in Chur elf Grad warm. Für heute sind gar 17 Grad angesagt!

Notter wird wohl neuer Zürcher Regierungsrat



Der 36jährige Dietiker SP-Stadtpresident Markus Notter (Bild) steht als Nachfolger von Moritz Leuenberger im Zürcher Regierungsrat praktisch fest. SVP-Herausforderer Rolf Gerber erklärte nach Notters Nomination durch einen ausserordentlichen SP-Parteitag noch am Montagabend seinen Verzicht.

Jörg Haider bestreitet Lob für Waffen-SS

Der rechtsorientierte Oppositionsführer in Österreich, Jörg Haider, hat bestritten, die Einheiten der Waffen-SS gelobt zu haben. Haider erklärte am Dienstag in Wien, der Skandal um seinen Auftritt vor Veteranen in Kärnten im vergangenen Jahr sei von seinen politischen Gegnern inszeniert worden. Er sagte: «Es gibt kein wie immer geartetes Lob des Jörg Haider für die Waffen-SS oder sonst irgendetwas.» Bundespräsident Klestil hatte Haider öffentlich aufgefordert, seine pauschale Bewertung von Mitgliedern der Waffen-SS als anständig und charaktärvoll klarzustellen.

Bestes Saisonergebnis für Markus Hasler



Bestes Saisonergebnis gestern für Markus Hasler (Bild) im Rahmen des Langlauf-Weltcups. Beim 50-km-Bewerb im slowakischen Strbske Pleso belegte der Eschner den ausgezeichneten 16. Rang! Auf den siegreichen Kasachen Wladimir Smirnow büsste Hasler, der bei halber Distanz gar noch unter den ersten 10 rangiert war, nur dreieinhalb Minuten ein.

Vom Finanzleitbild 2005 bis zur Totalrevision Gemeindegesetz

Erstes Pressegespräch mit der Regierung – Regierungsmitglieder gaben einen Überblick über die Schwerpunkte ihrer Ressortarbeit in diesem Jahr

(G.M.) – Weil ein gemeinsames Regierungsprogramm für die Koalitionsregierung fehlt, arbeiten die fünf Regierungsmitglieder schwerpunktmässig nach ihren Vorstellungen in den von ihnen verwalteten Ressorts. Beim ersten Pressegespräch in diesem Jahr gaben die Regierungsvertreter gestern nachmittag die Schwerpunkte ihrer Regierungsarbeit bekannt.

Das Spektrum der Regierungstätigkeit ist gemäss den Angaben der Regierungsmitglieder recht weitgespannt und reicht vom Finanzleitbild 2005 über das Sportstättenkonzept, das Verkehrsproblem Unterland und die AHV-Revision bis zur Totalrevision des Gemeindegesetzes. Eine Reihe der von den Regierungsmitgliedern genannten Vorhaben sind nicht ganz neu, sondern ziehen sich aus dem letzten Jahr oder aus den Vorjahren in das laufende Jahr hinein.

Neben den Ressortschwerpunkten, die von den Regierungsmitgliedern vorgetragen wurden, unterstrich Regierungschef Dr. Mario Frick eine Reihe zentraler Fragen, die verschiedene Ressorts gleichzeitig berührten oder von der Gesamtregierung angegangen werden müssten. Dazu zählt nach seiner Aufzählung die Frage der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Verkehrsproblematik im Unterland, die Umsetzung des EWR-Abkommens. Aber auch



Die Regierungsmitglieder informierten gestern im Rahmen des ersten Pressegesprächs dieses Jahres über die Vorhaben in den einzelnen Ressorts. (Bild: vito)

die Problematik des Sportstättenbaus und die Neuerungen beim Bauwesen mit der frühen Kreditgewährung zur Kosteneinsparung sind Themen, die gemäss Regierungschef die ganze Regierung beschäftigen. Nicht zuletzt gehört zu den zentralen Fragen auch die Revision des Subventionsgesetzes und des Finanzausgleichs

zwischen Staat und Gemeinden.

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel erwähnte von seinen Schwerpunkten vor allem die Revision des Gemeindegesetzes und die Neufassung der Umwelt- und Landwirtschaftsgesetze, während Regierungsrat Dr. Michael Ritter die AHV-Revision betonte. Regierungsrätin Dr.

Cornelia Gassner wird sich mit dem Raumplanungs- und dem Telekommunikationsgesetz befassen, während Aussenministerin Dr. Andrea Willi die Osteuropa-Hilfe sowie die Umsetzung der Pekinger Frauenkonferenz ansprach.

Mehr über das Pressegespräch auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Schwung der Pekinger Konferenz ausnützen

Für die Gleichberechtigung ist das Jahr 1996 im Fürstentum Liechtenstein von grosser Bedeutung

(G.M.) – Das Jahr 1996 wird für die Gleichberechtigung im Fürstentum Liechtenstein zum entscheidenden Jahr. Bis Ende 1996 muss die Regierung dem Parlament sämtliche Gesetze, die in Widerspruch mit dem 1992 in die Verfassung aufgenommenen Gleichberechtigungsgrundsatz stehen, zur Abänderung unterbreiten.

Die Regierung hat die Teilnahme Liechtensteins an der Pekinger Frauenkonferenz zum Anlass genommen, um heute Mittwoch im Rahmen einer Informationsveranstaltung über eine Aktionsplattform zu informieren. Der Pekinger Schwung soll in dieses Gleichberechtigung-Entscheidungsjahr hinübergetragen werden.

Grundsätzlich sind Frauen und Männer im Fürstentum Liechtenstein gleichberechtigt, denn die Verfassung aus dem Jahre 1921 hält unmissverständlich fest: «Alle Landesangehörigen sind vor dem Gesetze gleich.» Eine authentische Interpretation des Verfassungsbegriffs «Landesangehörige» erbrachte 1971 – im Zusammenhang mit der damals versuchten Einführung des Frauenstimmrechts – das Ergebnis, dass darunter alle Personen

mit liechtensteinischem Landesbürgerrecht ohne Unterschied des Geschlechts zu verstehen sind.

Dennoch konnte damit nicht eine automatische Gleichstellung der Frauen in allen Bereichen der bürgerlichen und politischen Rechte erreicht werden – das Frauenstimmrecht folgte erst nach der dritten Volksabstimmung 1984. Und ein Gleichheitsgrundsatz, der in der Verfassung explizit festschreibt «Mann und Frau sind gleichberechtigt», stammt erst aus dem Jahre 1992.

Die Regierung hält denn auch nicht ohne Grund in einem Bericht zur Pekinger Weltfrauenkonferenz fest, dass in Liechtenstein im Vergleich zu anderen europäischen Ländern umfassende Bemühungen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau «zu einem eher späten Zeitpunkt» eingesetzt hätten. Nach dem Beitritt zum Europarat und der Unterzeichnung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, nach der Ratifizierung der UNO-Charta mit ihrem Diskriminierungsverbot und nach der Unterzeichnung des internationalen Abkommens zur Beseiti-

gung jeder Form von Diskriminierung der Frau erachtet die Regierung jedoch den Zeitpunkt für eine durchgreifende Durchsetzung des Gleichheitsgrundsatzes für überfällig.

Gedrängt allerdings wird sie vor allem durch die Forderung des Parlaments, bis Ende 1996 sämtliche diskriminierenden Gesetzesartikel zur Abänderung vorzulegen. Eine Reihe von Gesetzen sind seit dieser 1992 erfolgten Festlegung bereits entsprechend abgeändert worden, doch warten noch verschiedene Gesetzesbestimmungen auf den Abbau der Frauen-Diskriminierung. Im Bereich der Staatsbürgerschaft sind die Frauen beispielsweise noch nicht gleichgestellt, weil nur der Mann die Staatsbürgerschaft an die ehelich geborenen Kinder weitergeben kann, nicht jedoch die Ehefrau. Unterschiede bestehen auch in der Sozialgesetzgebung, die noch nicht durchwegs von der Gleichbehandlung der Geschlechter ausgeht und nicht zivilstandunabhängig ausgestaltet ist. Fragen in anderer Richtung wirft jedoch das Rentenalter auf, das für Männer das 65. Altersjahr vorsieht, während für Frauen das Rentenalter schon nach 62 Lebensjahren beginnt.

5 Millionen für die Expo 2000?

(G.M.) – Mindestens 5 Mio. Fr. wird die Teilnahme Liechtensteins an der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover kosten. Dies erklärte Regierungschef Dr. Mario Frick, der sich grundsätzlich für eine liechtensteinische Beteiligung an dieser Ausstellung aussprach. Nach seinen Angaben könnte dieses Mitmachen der Anlass für eine Präsentation Liechtensteins für die Welt darstellen.

Die Regierung hat nach den Ausführungen des Regierungschefs eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Abklärungen über eine Teilnahme an der Expo 2000 befasst. Dem Regierungschef schwebt eine gemeinsame Aktion von Land, Gemeinden und Wirtschaft vor, womit auch die Kosten – die derzeit nach einem vorliegenden Konzept auf wenigstens 6,5 Mio. Fr. geschätzt werden – von diesen drei Exponenten getragen werden sollen.

Eine Entscheidung ist nach Angaben des Regierungschefs noch nicht gefallen. Massgeblich dafür sei die Mitwirkung der Gemeinden und der Wirtschaft.

Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz

(pafl) – Der traditionelle Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz findet am Donnerstag, 11. Januar, um 15.00 Uhr statt. Bereits im voraus, um 14.30 Uhr, empfangen Ihre Durchlauchten Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie von und zu Liechtenstein das diplomatische Korps, die Mitglieder der Regierung, den Präsidenten und den Vizepräsidenten des Landtags, den Landesbischof, den Leiter des Auswärtigen Amtes sowie die Leiter liechtensteinischer Missionen im Ausland. Anschliessend werden die weiteren Mitglieder des Landtages, die Gerichtspräsidenten, die Gemeindevorsteher und die Pfarrer empfangen. Unter den geladenen Gästen befinden sich auch die Träger fürstlicher Titel und fürstlich liechtensteinischer Verdienstorden, die Chefbeamten, das konsularische Korps, die Vertreter der Verbände und Kommissionen, die Vertreter der Parteien sowie weitere Vertreter des öffentlichen Lebens.

Pfarrer Sieber zügelt ins «Fatima» in Wangs

Befristeter Mietvertrag für den Drogenpfarrer und seine Schützlinge



Freude beim Drogenpfarrer: Die Stiftung Sozialwerke Pfarrer Ernst Sieber konnte mit den Betreibern des ehemaligen Instituts «Fatima» in Wangs einen befristeten Mietvertrag für die Nutzung des Altbaus des ehemaligen Knabeninstituts abschliessen. Wie Pfarrer Sieber gestern an einer Pressekonferenz ausführte, sei er mit seinen Schützlingen noch nirgends so offen empfangen worden wie in der Gemeinde Wangs. (AP)

Anteil Mehrwertsteuer noch nicht bekannt

(G.M.) – Der genaue Anteil, den Liechtenstein aus dem gemeinsamen Topf mit der Schweiz aus der Mehrwertsteuer erhält, ist noch nicht bekannt. Regierungschef Dr. Mario Frick erwartet jedoch, dass die Schweiz die Zahlen in den nächsten Tagen veröffentlichen wird.

Auf die Frage nach Steuererhöhungen erklärte der Regierungschef, dass die derzeitigen Steuereinnahmen ausreichen würden, um die Aufgaben zu finanzieren. Eine Steuerreform gehe nicht in erster Linie von Mehreinnahmen aus, sondern es gehe um eine gerechtere Verteilung der Lasten, sprich: Entlastung der Familien.

Die Regierung befasst sich nach seinen Worten auch mit der Frage der Couponsteuer, die derzeit rund 6 Mio. Fr. einbringt. Mit der Wirtschaft bestünden Kontakte, wobei die Frage im Mittelpunkt stehe, wie diese Einnahmen anderswo beschafft werden könnten.